

Zwischen Laissez-Faire und Staatsbank: Wie soll das schweizerische Finanzsystem reguliert werden?

Im Rahmen des Forumsgesprächs zum Thema „Zwischen Laissez-Faire und Staatsbank“ haben am 24. März renommierte Vertreter aus Forschung und Wirtschaft über Ursachen und mögliche Regulierungsmassnahmen des Schweizer Finanzsystems vor dem Hintergrund der weltweiten Finanzkrise diskutiert. Organisiert wurde der Abend vom Forum für Universität und Gesellschaft. Dass sich die Lösungsvorschläge von SNB, CS und Wissenschaft nicht immer decken, war zu erwarten.

Stay big - don't fail

Hans-Ulrich Müller betonte die Bedeutung von Schweizer Grossbanken, indem er deren systemische und volkswirtschaftliche Relevanz hervorhob. Regulierungen und Massnahmen zu deren Bestehen seien unbedingt notwendig. Vor dem Hintergrund eines veränderten Umfeldes, in welchem der Staat als Auffangnetz wirke, stünden die Banken nun vor der Herausforderung, Nutzen aus den bestehenden Regulierungsbaustellen zu schöpfen. So stellte sich Müller vehement gegen die Forderung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) nach einer Verkleinerung der Schweizer Grossbanken zur Lösung der so genannten „too-big-to-fail“-Problematik. Möglichkeiten sah er viel mehr in einem kundenorientierten sowie kapitaleffizienten Businessmodell. Die Credit Suisse habe genau hier angeknüpft, indem sie ihre Strategie angepasst habe. Durch die Reduktion des Investmentbankings, die Erhöhung der Eigenkapitalquote sowie der Liquidität und einer Straffung der Bilanz habe sie das Risiko verringert. Stark machte sich Müller auch für eine integrierte Bank. Eine Aufspaltung in Dienstleistung, Investment Banking, Asset Management und Private Banking entferne die Banken vom Kunden. Deziert wandte sich der Referent gegen die Auflösung des Bankkundengeheimnisses: „Ich stehe für das Bankkundengeheimnis ein. Der Schutz der Privatsphäre als Grundsatz darf nicht über Bord geworfen werden, das Bankkundengeheimnis als wichtiger Standortfaktor muss gewürdigt werden.“ Es sei Aufgabe der Politik, das Bankkundengeheimnis und damit die Privatsphäre zu schützen. Müller schloss seinen Vortrag mit Forderungen nach Kosten-Nutzen-Analysen von Regulierungen, nach internationaler Abstimmung und nach einer Bewahrung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Schweiz.

Spezialfall Schweiz

Aus makroökonomischer Perspektive betrachtete Harris Dellas die Bedeutung des Schweizerischen Finanzsystems sowie dessen Regulierung. Banken übernahmen in erster Linie Aufgaben des monetären Transfers. Als Messlatte für den Erfolg bezeichnete Dellas den Ertrag mit den Komponenten Höhe, Wachstum und Veränderung. Er fragte dabei nach der Wichtigkeit der Banken für ein nachhaltiges Wachstum und nach der Funktion, welche sie im volkswirtschaftlichen Kontext übernahmen. Dabei sprach er im Fall der Schweiz den überdimensionalen Finanzsektor an. Die Schweiz hätte insofern den Nachteil, dass Krisen im Finanzsystem die Schweiz aufgrund ihrer Grösse, der Wertschöpfung und Struktur des Sektors besonders hart treffen würden. Ob und inwiefern dies aber wirklich der Fall sei, bleibt fraglich.

Nach Dellas ist es wünschenswert, die optimale Grösse des Schweizer Finanzsystems relativ zum schweizerischen BIP zu kennen, um einen Ausgleich zwischen Risiko und Rendite bei verschiedenen Szenarien zu schaffen. Um die Attraktivität des Schweizer Finanzsystems bewahren und die Stabilität sichern zu können, muss die Solvenz systemrelevanter Banken abgesichert werden. Dellas forderte ausserdem striktere Vorgaben und Transparenz im Bezug auf die Quantität und Qualität des Kapitals sowie die Trennung von Dienstleistung und Investment Banking.

Als weitere Möglichkeit von Regulierungsmassnahmen nannte er u.a. die Einführung einer Spezialsteuer für „too-big-to-fail“-Institutionen.

Der Referent schloss mit der Feststellung: „Egal wie stark und kreativ die Regulierungsmassnahmen durch den Staat sind, eine Finanzkrise kann niemals mit Sicherheit vermieden werden.“

Verantwortung übernehmen

Thomas Jordan sah die Ursache für die aktuelle Krise vor allem im Finanzsystem, welches exzessive Risiken zugelassen hat, und in der „too-big-to-fail“-Problematik. Zwar anerkannte er eingeführte und geplante Interventionen zur Risikoreduzierung, wie die für den kommenden Juni geplanten Liquiditätsvorschriften und die 2008 eingeführten Eigenkapitalvorschriften, nach welchen Grossbanken ihr risikogewichtetes Eigenkapital verdoppeln und ein Mindestmass von Eigenkapital halten müssen, forderte aber verschärfte Massnahmen.

Ähnlich wie bereits Dellas, griff auch Jordan die Thematik des grossen Finanzsektors der Schweiz auf. In diesem Zusammenhang wies er auf die verhältnismässig hohe Verschuldung der beiden Grossbanken hin. Er forderte, dass Finanzinstitutionen eingegangene Risiken wieder selbst tragen und Verantwortung für ihr eigenes Verhalten übernehmen müssten, damit nicht eine einzige Bank die Stabilität des Finanzsystems gefährden könne.

Konkret schlug Jordan folgende Regulierungsmassnahmen vor, für deren Umsetzung er politische Unterstützung verlangte: Die Eigenkapitalanforderungen sollen so gestaltet werden, dass Grossbanken einen Anreiz erhalten, ihre Grösse zu reduzieren. Weiter müssen internationale Liquiditätsverfahren eingeführt sowie Änderungen in der Organisationsstruktur der Grossbanken vorgenommen werden. Letztere würde beispielsweise eine Herauslösung für die Schweizer Wirtschaft wichtiger Teile bedeuten, welche dann ohne staatliche Hilfe weitergeführt werden könnten. Auch die „too-big-to-fail“-Problematik sollte gelöst werden. „Keine Bank darf so systemrelevant sein, dass ihr Konkurs die Stabilität des Finanzsystems und der gesamten Volkswirtschaft gefährdet“.

Die Fallibilität des Systems

In der abschliessenden Diskussionsrunde griff Marlene Amstad nochmals die zentralen Fragen des Abends auf: Warum regulieren, wie bzw. was regulieren, wer reguliert? Dabei wurde deutlich, dass die Bankenregulierung vor der Krise riskantes Verhalten nicht hatte verhindern können. Die aktuelle Finanzkrise mit ihren schwerwiegenden Folgen hat gezeigt, dass das bisherige System nicht funktioniert. Neue Lösungsansätze und Regulierungsmassnahmen sind unumgänglich, um eine weitere Finanzkrise in diesem Ausmass zu verhindern.

Anina Lauber, Martina Dubach